

Stellungnahme der FDP Billerbeck zum Haushalt 2019



Billerbeck, im Dezember 2018

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
verehrte Ratskolleginnen- und Kollegen, liebe Gäste

Bundesweit sind die Einnahmen der öffentlichen Haushalte auf ein Neuzeithoch gestiegen. Auch im Billerbecker Etat kann deshalb für 2019 ein neues Einnahmehoch verplant werden. Erstmals seit langer Zeit ist das des Lobes wert schon in der Planungsphase für diesen Haushalt gelungen. Zurückzuführen ist das auf die sehr gute Konjunkturlage, die weiterhin ein Wirtschaftswachstum prognostiziert. Die Steuereinnahmen sprudeln daher kräftig weiter, so dass nunmehr die Möglichkeit besteht die Haushaltslage der Stadt Billerbeck zu stabilisieren. In Zeiten steigender Steuereinnahmen sind Rat und Verwaltung jedoch in besonderem Maße verpflichtet, für die Generationengerechtigkeit der Haushalte zu sorgen. Das heißt, der Schuldenabbau muss weiter vorangetrieben werden. Das wird durch diesen Haushaltsplan jedoch nicht erreicht. Die Prokopfverschuldung der Stadt ist weiter gestiegen. Geschuldet ist das in erster Linie dem Förderprogramm „Gute Schule 2020“ der Landesregierung, durch das den Kommunen Gelder für die Modernisierung ihrer Schulen zur Verfügung gestellt werden. Das ist in diesem Fall hinnehmbar.

Für die Zukunft müssen jedoch alle Möglichkeiten ausgereizt werden, den Schuldenabbau weiter voranzutreiben. Soweit das aufgrund von Bindefristen der Altdarlehn nicht wirtschaftlich möglich ist, sind in entsprechendem Maße die Rücklagen zu erhöhen, so dass in konjunkturschwächeren Zeiten auf diese zurückgegriffen werden kann. Das heißt, dass man in Zukunft sehr gut überlegen sollte, ob alle angebotenen Fördertöpfe ausgeschöpft werden müssen. Der dabei zu leistende Eigenanteil erhöht die Prokopfverschuldung. Das ist dann nicht mehr generationengerecht.

Der Kreis Coesfeld finanziert seinen Haushalt durch die Kreisumlage, die er von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden einsammelt. Diese Umlage ist für die vergangenen Jahre und auch für den Haushalt 2019 erheblich zu hoch angesetzt worden. Die dadurch am Jahresende erzielten Überschüsse hat er im Endeffekt regelmäßig seiner allgemeinen Rücklage zufließen lassen und entzieht diese dadurch den weiteren Planungen der Politik der Kommunen. Die Kreisumlage könnte unserer Ansicht nach erheblich gemindert werden und würde dadurch auch den Billerbecker Haushalt erheblich entlasten.

Einsparungen bei den Aufwendungen können die Haushaltslage noch wesentlich verbessern. In den Etatberatungen der vergangenen Jahre haben wir das bereits mehrfach angesprochen. Wir sind der Meinung, dass die Stadt einen erheblich zu großen Gebäudebestand unterhält,

der dringend neu organisiert werden sollte. Freiwerdende Gebäude sollten vermarktet werden. Dadurch können die immensen Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten erheblich reduziert werden und zusätzlich Einnahmen aus dem Verkauf der Liegenschaften erzielt werden.

Betrachten wir mal den Ansatz von Sach- und Dienstleistungen in dem auch die Unterhaltung und Bewirtschaftung der stadteigenen Liegenschaften verplant ist. 2015 betrug der Ansatz 3,9 Millionen €. Im Haushalt 2019 werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit mehr als 4,8 Millionen verplant, das ist ein Mehr von 900.000 €.

Möglichkeiten diesen Ansatz wieder auf den Ansatz von 2015 zurückzuführen sind vielfältig.

Z.B. ist es nicht Aufgabe einer Kommune Sozialwohnungen in Eigenregie zu errichten, wie die Stadt Billerbeck es in den letzten Jahren getan hat. Es gibt bessere und kostengünstigere Möglichkeiten, den sozialen Wohnungsbau zu fördern, wie z. B. die Bereitstellung von verbilligtem Bauland für diese Zwecke oder die Ausweisung von Baugrundstücken in künftigen Baugebieten.

Ein weiteres Beispiel liefern die vier Schulstandorte.

Bei ständig sinkenden Schülerzahlen von 2004 an mit 1363 bis 2018 mit 772 Schülern – ein Minus von 591 Schülern - bei gleichbleibenden Gebäudebestand muss endlich eine Antwort auf die Frage gefunden werden, ob nicht ein Schulstandort verkleinert bzw. ganz geschlossen oder einer dauerhaft anderen Nutzung wie z. B. einem Kindergarten zugeführt werden kann. Die vorübergehende anderweitige Unterbringung von Klassen der Ludgerigrundschule während der Renovierung sowie die vorübergehende Unterbringung des Kindergartens in einem Schulgebäude bestärken uns in der Annahme, dass der Gebäudebestand sicherlich zu groß bemessen ist.

Priorität muss auf jeden Fall bleiben, das Billerbeck eine weiterführende Schule behält. Wir begrüßen daher das die von uns schon immer geforderte Kooperation in Sachen einer weiterführenden Schule mit Gemeinde Havixbeck und der Anne Frank Gesamtschule erfolgreich war.

Die FDP hält nach wie vor an der Einrichtung eines Bürgerbüros im Erdgeschoss des Rathauses fest, um allen Billerbecker Bürgern einen barrierefreien Zugang zu den Dienstleistungen der Verwaltung zu verschaffen. Die nächsten Wahlen stehen schon bald ins Haus. Wir beantragen schon jetzt die Ausgabe und Entgegennahme der Briefwahlunterlagen im EG des Rathauses zu organisieren. Bei der letzten Bundestagswahl haben wir feststellen müssen, dass besonders für Rollstuhlfahrer trotz des Aufzugs der barrierefreie Zugang zu den Unterlagen schwierig war.

Die Bauarbeiten in der Langen Straße sind abgeschlossen. Diese kosmetischen Veränderungen der Innenstadt sehen wir sehr positiv. Leider ist man mit der Belebung der Innenstadt dadurch keinen Schritt weiter gekommen. Deshalb wiederholen wir an dieser Stelle das in den

vergangenen Jahren gesagte. Verwaltung und Politik müssen Strategien entwickeln, um die Leistungsfähigkeit der Innenstadt nachhaltig zu stärken. Wir Liberalen setzen uns daher weiter für ein Stadtentwicklungskonzept ein, in dem langfristige Ziele der Stadt verankert werden. Stadtentwicklung nur mit einem Einzelhandelskonzept und dem Integrierten Handlungskonzept zu betreiben hat in der Vergangenheit nicht funktioniert und wird uns auch in Zukunft nicht weiterbringen.

Die Aussichten für die nächsten Jahre lassen aufgrund der mittelfristigen Finanzplanung eine Verbesserung der Finanzlage der Stadt Billerbeck erwarten. Ziel muss es bleiben, die Entschuldung der Stadt weiter voran zu treiben. Ein Weiter so, wie in den vergangenen Jahren darf es nicht geben. Erstmals ist dieser Haushalt schon in der Planung generationengerecht.

Daher stimmt die FDP dem vorgelegten Haushalt 2019 zu.

Zum Schluss möchte ich, wie auch im letzten Jahr, Frau Lammers und ihrem Team den Dank der Liberalen aussprechen, dass sie den umfangreichen Etatentwurf erstklassig und für alle verständlich auf dem Weg gebracht.

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Frank Wieland

Freie Demokraten Billerbeck